

Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist, Dienstag, 12. September 2017, 18:00 Uhr

*Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck*

**„Sozialpolitik heute – Herausforderungen in einer gespaltenen Gesellschaft“**

Impulsvortrag in der Bonner Akademie am 12. September 2017, 18.00 Uhr

---

I.

Ich bin sehr gerne der Einladung gefolgt, heute Abend zu Ihnen und vor allem auch mit Ihnen über die aktuellen Herausforderungen im Bereich der Sozialpolitik zu sprechen. Aber erlauben Sie mir, dass ich zu Beginn meine Nachdenklichkeit angesichts des Untertitels ins Wort bringen, den Sie dieser Veranstaltung und damit auch meinem Impulsvortrag gegeben haben: „Herausforderungen in einer gespaltenen Gesellschaft“. Ich möchte dahinter zumindest ein Fragezeichen setzen. Leben wir tatsächlich in einer gespaltenen Gesellschaft? Ich weiß zwar, dass solche Veranstaltungstitel unter verschiedenen Gesichtspunkten gewählt werden. Aber ich hoffe, dass Sie es mit mir zusammen für eine Überzeichnung halten, von der deutschen Gesellschaft des Jahres 2017 als einer gespaltenen Gesellschaft zu sprechen.

II.

Herr Professor Cremer z.B, langjähriger Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, heute Abend unter uns, war nie ein Mann der schrillen Töne in der sozialpolitischen Debatte. Das hat ihm wohl tuend von manchem anderen Verantwortlichen in der Landschaft der deutschen Wohlfahrtsverbände abgehoben. Ich persönlich habe für diese Haltung immer Respekt empfunden, weil es ihm erkennbar nicht um die größtmögliche Aufmerksamkeit für die eigene Person ging. Er war sich vielmehr immer bewusst, dass ein übertriebener Alarmismus letztlich nur dazu beiträgt, den Sozialstaat zu diskreditieren. Dabei hat auch er nie geleugnet, dass es soziale Missstände gibt, dass unser Sozialstaat blinde Flecken hat und verbesserungswürdig ist.

Im Gegenteil: Es ging ihm in seiner Arbeit immer darum, solche sozialen Missstände möglichst präzise zu benennen und Lösungsperspektiven zu entwickeln.

Ganz in diesem Sinne möchte ich sagen, dass ich *nicht* glaube, dass wir in einer gespaltenen Gesellschaft leben. Aber gleichwohl sehe ich in den letzten Jahren Spaltungstendenzen in unserem Land, die mich mit Sorge erfüllen und von denen ich der Überzeugung bin, dass sie in der Tat eine politische Herausforderung darstellen, die den Bundestag und die Regierung weiterhin beschäftigen werden. Diese Spaltungstendenzen sind nicht nur sozioökonomischer Natur. Wenn von Deutschland als einem gespaltenen Land die Rede ist, dann denke ich vielmehr zuallererst an die Friktionen, die der große Flüchtlingszuzug Ende 2015, Anfang 2016 ausgelöst hat. Auf der einen Seite haben wir eine beeindruckende Willkommenskultur und Hilfsbereitschaft erlebt. Ich denke an die Bilder vom Münchener Hauptbahnhof. Auf der anderen Seite aber haben wir auch Ablehnung bis hin zu Hass gesehen. Ich denke an die Bilder von Heidenau. Die kommende Bundestagswahl wird uns mehr Klarheit darüber verschaffen, wie nachhaltig sich dieser gesellschaftliche Dissens in der Flüchtlings- und Migrationspolitik auf die politische Landschaft ausgewirkt hat. Aber mit der bundesrepublikanischen Konsensdemokratie vergangener Tage scheint es einstweilen vorbei zu sein.

### III.

Dabei wird die Frage der Migration auch immer wieder mit dem Thema des heutigen Abends verknüpft. „Unser Geld für unsere Leut!“ oder "Arbeitsstellen statt Zuwanderungswellen!" – Solche Parolen finden sich nicht mehr nur auf den Wahlplakaten der rechtspopulistischen FPÖ in Österreich. Dass solche Wahlparolen inzwischen auch bei uns verfangen, liegt u.a. daran, dass nicht nur die Zeiten der Konsensdemokratie, sondern auch die der nivellierten Mittelsstandsgesellschaft vorbei zu sein scheinen. Die sozialen Unterschiede nehmen zu, und zwar mit Blick auf die wachsenden Einkommensunterschiede und auch mit Blick auf die noch deutlicheren Unterschiede bei der Vermögensverteilung. Man kann zwar nicht unbedingt sagen, dass die Armen immer ärmer werden. Aber die Reichen werden immer reicher, während die Armen arm bleiben. Dieses Thema bewegt viele Menschen. Anders ist es wohl nicht zu erklären, dass eine voluminöse ökonomische Untersuchung zur wachsenden Vermögenskonzentration, Thomas Pikettys „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, vor einigen Jahren zum Weltbestseller avancierte.

Dieser Erfolg Pikettys scheint mir auch damit zusammenzuhängen, dass sich bis in die Mittelschicht das Gefühl eines wachsenden ökonomischen Drucks verbreitet. Das ist keineswegs immer ein bloß diffuses Gefühl, sondern auch für ganz normale Familien der breiten Mittelschicht bisweilen sehr konkret erfahrbar. Etwa wenn der Polizist, der für Sicherheit sorgt, oder die Krankenschwester, die in einem Städtischen Klinikum die Kranken pflegt, für sich und ihre Familien keinen bezahlbaren Wohnraum mehr vor Ort finden. Das ist Teil der Lebensrealität nicht weniger Städte in Deutschland. In manchen der neuen Wohnquartiere gibt es schon heute kaum noch Kinder, weil sich junge Familien mit einem normalen Einkommen die Mieten nicht mehr leisten können. Noch einmal: Ich spreche hier von Durchschnittsverdienern. Diejenigen, die wirklich arm sind, werden durch eine solche Situation natürlich noch mehr als ohnehin an den Rand, in sozial prekäre Wohnquartiere abgedrängt. Das hat natürlich auch mit Pikettys Thema zu tun, also damit, dass vermögende Investoren aus dem In- und Ausland ihr Kapital zunehmend in deutschen Immobilien anlegen und damit die Preise und auch die Mieten treiben. Ein Blick auf andere Länder, etwa auf die französischen Banlieus, zeigt, welche sozialen Probleme in hochentwickelten Ländern entstehen können, wenn die Politik es versäumt, frühzeitig einer solchen Entwicklung gegenzusteuern.

Papst Franziskus spricht diese Frage der Städte und des Zusammenlebens in den Städten übrigens immer wieder an. Das hat natürlich mit seinem biographischen Hintergrund und seinen Erfahrungen zu tun, weil das Thema in vielen Städten Lateinamerikas noch einmal in ganz anderer Weise brisant ist. Unsere Ausgangslage ist viel besser, aber auch wir stehen hier vor großen Herausforderungen, nicht zuletzt durch den Zuzug von hunderttausenden Migranten, die sich inzwischen ebenfalls auf die Suche nach bezahlbarem Wohnraum machen. Es geht hier also nicht nur um Sozial-, sondern auch um Integrationspolitik. Papst Franziskus schreibt schon in seinem ersten Apostolischen Schreiben „*Evangelii Gaudium*“ von 2013: „Wie schön sind die Städte, die das krankhafte Misstrauen überwinden, die andere mit ihrer Verschiedenheit eingliedern und aus dieser Integration einen Entwicklungsfaktor machen“ (*Evangelii Gaudium* 210).

Also: Bezahlbarer Wohnraum und soziale Stadtentwicklung stellen meines Erachtens wichtige aktuelle sozialpolitische Herausforderungen dar, die durchaus von der Politik bereits erkannt und aufgegriffen worden sind. Aber die Instrumente, etwa in der Städtebauförderung, im sozialen Wohnungsbau oder seit kurzem bei der Mietpreisbremse, scheinen noch nicht ausreichend zu sein; vielleicht sind es auch noch nicht immer die richtigen Instrumente, die hier entwickelt wurden.

Zu diesem Themenkomplex gehört für mich ebenfalls die Frage, wie insbesondere Familien besser in die Lage versetzt werden können, Wohneigentum zu erwerben. Es freut mich, dass mehrere Parteien, und namentlich auch die beiden großen Parteien, dazu in ihren Wahlprogrammen Vorschläge gemacht haben. Die Förderung der Bildung von Eigentum ist eine sozialpolitische Idee, die die Katholische Soziallehre seit ihren Anfängen stark verfochten hat. Insbesondere die Förderung des Erwerbs von Wohneigentum ist heutzutage ein gutes Mittel, um späterer Altersarmut vorzubeugen. Das in Zukunft wieder akuter werdende Thema der Altersarmut ist dabei natürlich im Kontext einer der ganz großen sozialpolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte zu sehen: des demografischen Wandels. Ich werde gleich noch darauf zu sprechen kommen.

#### IV.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eine grundsätzliche Bemerkung machen. Sie haben schon an meinen bisherigen Ausführungen bemerkt, dass ich Sozialpolitik nicht nur unter dem Aspekt der Umverteilung diskutieren möchte, auch wenn Umverteilung jeweils richtig, notwendig und auch ein integraler Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft ist. Stärkere Schultern haben mehr zu tragen als schwache. Aber die Kirchliche Soziallehre hat einen darüber hinausgehenden, heute würde man sagen: ganzheitlichen, Blick auf soziale Probleme und Herausforderungen. Das liegt daran, dass die katholische Soziallehre nie bloß eine abstrakte Theorie war, sondern von Anfang an den Versuch der Kirche darstellt, für konkrete soziale Herausforderungen – im 19. Jahrhundert für die Arbeiterfrage – am christlichen Ethos orientierte Lösungsperspektiven aufzuzeigen.

Das ist ein wesentlicher Unterschied zu den meisten Theorieentwürfen, die wir in der Sozialphilosophie finden, deren Ziel es ist, einen möglichst umfassenden Gerechtigkeitsbegriff zu entfalten. Die Katholische Soziallehre hingegen hat nie den Versuch unternommen, eine Theorie der Gerechtigkeit zu entwerfen. Die zentrale Achse der Kirchlichen Soziallehre ist kein abstrakter Gerechtigkeitsbegriff, sondern der Mensch, dem in allen Phasen seines Lebens eine unveräußerliche Personwürde zukommt. Das erste Prinzip der katholischen Soziallehre ist deshalb die Personalität; alle anderen Prinzipien und Werte wie Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität sind an dieses Grundprinzip zurückgebunden. Aus der Perspektive der Kirchlichen Soziallehre sind soziale Verhältnisse, Strukturen und Institutionen also in dem Maße sozial gerecht,

wie sie Möglichkeiten zur personalen Entfaltung des Einzelnen bieten, und zwar *jedes* Einzelnen.

Davon leiten sich Partizipation und Inklusion als zentrale sozialetische Leitkategorien ab, die auch in unseren Texten immer wieder artikuliert werden. „Mehr Beteiligungsgerechtigkeit“ lautet z.B. der Titel eines bereits 1998 von der „Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen“ der DBK veröffentlichten Memorandums. 2011 haben wir den Text „Chancengerechte Gesellschaft“ veröffentlicht. Wichtig ist der Kirche aus personalen Grundsatz heraus dabei immer, dass es um Chancen für *alle* geht – nicht nur für einige oder viele, sondern wirklich für *alle*. Deswegen haben wir es z. B. kritisiert, dass die Bundesregierung in den vergangenen Jahren die Eingliederungsleistungen für Hartz-IV-Bezieher stark gekürzt hat. So weiß ich aus Gesprächen mit Arbeitsloseninitiativen in unserem Bistum Essen, dass deren wertvolle Arbeit mit Langzeitarbeitslosen dadurch empfindlich getroffen worden ist. Eine einseitige Konzentration auf diejenigen, die relativ kurzfristig wieder in den Ersten Arbeitsmarkt eingliedert werden können, entspricht aber nicht unserer umfassenden Vorstellung von Chancen- und Beteiligungsgerechtigkeit. Es gibt Personengruppen, die eine längerfristige Beschäftigungsförderung benötigen. Ich würde mir wünschen, dass wir über dieses Thema in der nächsten Legislaturperiode wieder neu ins Gespräch kommen würden.

Eine ganz ähnliche Kritik haben wir von kirchlicher Seite am neuen Bundesteilhabegesetz formuliert, das zwar einige Verbesserungen für behinderte Menschen und deren Angehörige gebracht hat, aber noch weit davon entfernt ist, eine reale gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Das Problem dabei ist, dass die Bundesregierung schon im Koalitionsvertrag ein Teilhabegesetz verabredet hatte, zugleich aber klarstellte, dass man „keine neue Ausgabendynamik“ in Gang setzen wolle. Ich weiß auch, dass die Eingliederungshilfe einer der großen Posten in den Sozialhaushalten der Kommunen ist. Aber die gleichberechtigte soziale Teilhabe behinderter Menschen ist nach der auch von Deutschland ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention ein Menschenrecht. Und die Verwirklichung eines solchen Menschenrechts darf in einem so reichen Land wie Deutschland nicht am Geld scheitern. Deswegen muss ehrlich gesagt werden: Mehr Teilhabe ist nicht zum Nulltarif zu haben. Inklusion kostet Geld. An dieser Stelle sind ggf. der Bund und die Länder gefordert, entsprechend mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Weil es uns als Kirche um Teilhabe und Chancen für *alle* Menschen geht, werden wir bei diesem Thema jedenfalls weiter bestehen und nächste mutigere Schritte auf dem noch weiten Weg in die inklusive Gesellschaft einfordern.

Die gerade benannten scheinbaren „Spezialthemen“ – Langzeitarbeitslose, behinderte Menschen – gehören zu dem, was die Kirche meint, wenn sie von der christlichen Option für die Armen spricht. Wir sehen es als ureigene Aufgabe der Kirche an, auf diejenigen das Scheinwerferlicht zu lenken, die sonst im Schatten der Diskussion bleiben.

V.

Nichtsdestotrotz folgt nun noch ein Wort zu den derzeitigen „Megathemen“ der Sozialpolitik, die in der Tat so gut wie jede und jeden in unserer Gesellschaft unmittelbar betreffen. Den demografischen Wandel habe ich schon genannt. Dieser stellt vor allem unsere umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme vor enorme Herausforderungen. Diese müssen zukunftsfest gemacht werden. Dabei dürfen aber nicht nur fiskalische Aspekte eine Rolle spielen. Auch hier gelten für uns die Leitgedanken von Beteiligung und Partizipation. Dabei liegt die besondere ethische und politische Herausforderung darin, dass der demografische Wandel nicht nur im Hinblick auf die heute lebenden Menschen die Frage aufwirft, wie umfassende soziale Teilhabe in allen Lebensphasen garantiert werden kann, sondern auch für die künftigen Generationen. Das heißt: Wir müssen überlegen, wie Generationengerechtigkeit realisiert werden kann. Diese riesengroße Herausforderung wird aber nicht durch bloße Umverteilung zu bewältigen sein. Deshalb haben wir als Kirchen in unserer ökumenischen Sozialinitiative von 2014 gefordert, den klassischen „sozialpolitischen Diskurs durch einen stärker chancenorientierten gesellschaftspolitischen Diskurs zu ergänzen“ (*Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft*, S. 42). Umfassende soziale Teilhabe ist nicht nur ein ethisches Gebot, sondern angesichts des demografischen Wandels auch ein Gebot der Klugheit, um nicht zu sagen: Sie ist überlebenswichtig für unsere Gesellschaft.

Dabei kommt natürlich zuallererst die Bildungspolitik in den Blick. In unserer heutigen Wissensgesellschaft ist Bildungspolitik die beste vorsorgende Sozialpolitik. Aber neben der Bildungspolitik müssen demzufolge dann auch wieder all die anderen Punkte auf die Agenda des Handelns und Entscheidung, die ich schon zuvor angesprochen habe. Wir können es uns nicht nur moralisch, sondern auch ökonomisch nicht leisten, weiterhin Hunderttausende dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt zu exkludieren. Wir brauchen hier nicht weniger, sondern mehr Maßnahmen zur Qualifizierung und Integration. Das gleiche gilt mit Blick auf die Migrantinnen und Migranten, die vor allem auch in den letzten zwei Jahren zu uns gekommen sind. Manche von ihnen sind für unseren Arbeitsmarkt qualifiziert, aber die meisten sind jung und leistungsbereit.

Auch hier sind deswegen viel mehr Maßnahmen der Qualifizierung und Integration als bisher gefordert.

Außerdem wird angesichts des demografischen Wandels auch die Familienpolitik noch bedeutender. Es braucht mehr und kreativere Überlegungen, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden kann. Die ehemalige Bundesfamilienministerin Schwesig hatte mit der Familienarbeitszeit einen Vorschlag gemacht, über den ich mir mehr Diskussion gewünscht hätte. Dieses Thema betrifft übrigens nicht nur Familien mit Kindern, sondern auch die Familien, in denen Angehörige gepflegt werden. Aus zahlreichen Gesprächen weiß ich, dass viele dieser Familien vor allem mehr Flexibilität im System bräuchten, um alle ihre Pflichten besser miteinander vereinbaren zu können. Aus meiner Sicht bräuchte es zudem eine wesentlich stärkere Anerkennung dessen, was Familien für unser Sozialsystem an Leistungen erbringen. Diese Anerkennung sollte auch materiell besser abgebildet werden, konkret in einer stärkeren Berücksichtigung der Versorgungs- und Erziehungsleistungen in der Rentenversicherung.

## VI.

Ein anderes Thema, das uns nach meiner festen Überzeugung in Zukunft auch sozialpolitisch vor bisher ungeahnt große Herausforderungen stellen wird, ist die Digitalisierung der Arbeitswelt. Schon jetzt ist erkennbar, dass im Zuge dessen neue Arbeits- und Beschäftigungsformen entstehen, die unsere gewachsenen arbeitsrechtlichen Schutzstandards und sozialen Anspruchsrechte zu unterlaufen drohen. Ich denke dabei vor allem an das wachsende Phänomen des Crowdfunding. In diesem Bereich verschärfen sich sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht all die Probleme, die schon seit längerem mit Blick auf die Gruppe der „Solo-selbstständigen“ diskutiert werden. Es ist deshalb keine gänzlich dystopische Vorstellung, dass auf diesem Weg die alte Arbeiterfrage in ganz neuem, digitalem Gewand auf die Tagesordnung zurückkehren könnte. Das ist natürlich ein Thema, das die Kirche bewegt, denn die Arbeiterfrage war schließlich das „Geburtsthema“ der Kirchlichen Soziallehre im 19. Jahrhundert und ist immer eines ihrer zentralen Anliegen geblieben. Papst Johannes Paul II. hat der Arbeit, die für ihn „der wesentliche Schlüssel in der gesamten sozialen Frage“ war, noch 1981 eine eigene Enzyklika gewidmet: *Laborem exercens*. Er schreibt: „Wenn die Lösung oder vielmehr die allmähliche Lösung der sozialen Frage, die sich immer neu stellt und immer komplizierter wird, darauf abzielen soll, das menschliche Leben menschlicher zu machen, dann bekommt gerade

dieser Schlüssel, die menschliche Arbeit, eine grundlegende und entscheidende Bedeutung“ (*Laborem exercens* 3.2).

Diese Einsicht gilt auch heute noch unverändert. Deswegen muss die Entwicklung der Arbeitswelt im Zuge der Digitalisierung sehr aufmerksam verfolgt werden. Dabei stellt sich nicht nur die im engeren Sinne sozialpolitische Frage, welche arbeits- und sozialrechtlichen Schutzstandards gegebenenfalls auch auf die neuen Beschäftigungsformen ausgeweitet werden müssten. Für die Soziale Marktwirtschaft ergeben sich vielmehr aus diesem sektoralen Wandel zweifellos Fragen, die den gesamten Bereich der Ordnungspolitik betreffen. Dieser Herausforderung ist mit Augenmaß und auch einer gesunden Skepsis zu begegnen. Es geht dabei darum, unseren Standort Deutschland, besonders auch mit seinen starken mittelständischen Strukturen, zukunftsfest zu machen. Ich erinnere daran, dass uns vor nicht allzu vielen Jahren, so von der OECD, schon einmal attestiert wurde, wir seien zu stark von überkommenen industriellen Strukturen abhängig und sollten uns stattdessen wesentlich stärker auf den Dienstleistungs- und den Finanzmarktsektor fokussieren. Heute wissen wir, dass das damals kein guter Rat gewesen ist. Ich glaube, dass das auch heute noch gilt.

Mehr als Stichworte kann und will ich Ihnen heute Abend in der Kürze der Zeit nicht anbieten. So ende ich an dieser Stelle und freue mich nun auf Ihre Impulse und den Austausch mit Ihnen.